

UMWELTPOLITIK

Wenn Igel wählen könnten ...

Grüne Parteien haben Umweltpolitik salonfähig gemacht. Sind die Umwelt-NGOs dadurch überflüssig geworden? Oder bleiben sie, über allen Wahlrummel hinaus, die treibende Kraft der Veränderung?



Der Igel, Wappentier des Mouvement écologique. Alle finden ihn süß, aber wer nimmt ihn schon ernst? (Foto: Archiv)



Es sieht aus wie ein Wahlprogramm, es liest sich wie eines, doch es ist keines: Es ist der Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung. Wie in jedem Wahljahr legt der Mouvement écologique auch diesmal seine Vorschläge in Form einer 64-seitigen Broschüre vor. Wäre der Mouvement eine Partei, so wäre er keine Ein-Punkt-Partei - die Themen reichen von EU-Politik bis Tourismus. Und wie eine richtige Oppositionspartei nimmt auch der Mouvement die Regierungsbilanz kritisch unter die Lupe.

Bei so viel Ähnlichkeit stellt sich die Frage: Gibt es überhaupt einen Unterschied zwischen einer Umwelt-NGO und einer Umweltpartei? Théid Faber, Mitbegründer und ehemaliger Präsident des Mouvement écologique, ist überzeugt, dass NGOs anders sind: "Wir können, losgelöst von elektoralen Sachzwängen, unsere Visionen, Werte und Überzeugungen in den Mittelpunkt stellen." Pascal Husting, "Executive director", haut in die gleiche Kerbe: "Wo Parteien sich am Machbaren orientieren, kann eine NGO den Akzent darauf legen, was eigentlich getan werden müsste." Als Beispiel für diese Arbeitsteilung nennt er den Klimaschutz: "Während die Grünen mit der Regierung über die Nicht-Einhaltung von Kyoto streiten, reden wir darüber, welche absoluten CO₂-Werte für das Überleben der Menschheit auf Dauer tragbar sind. Darin sind wir den Parteien immer einen Schritt voraus."

Wo ist ein politisches Engagement besser aufgehoben, in einer NGO oder in einer Partei? Die Fra-

ge ist nicht neu, manche woxx-LeserInnen werden sich wohl persönlich damit auseinander gesetzt haben. Sie beschränkt sich auch nicht auf den umweltpolitischen Bereich. Allerdings sind auffallend viele UmweltschützerInnen in den vergangenen Jahren aus den Verbänden in die Parteipolitik hinüber gewechselt. "Ich hätte keine Hemmungen, eines Tages auf die Ebene des Politik-Alltages hinüberzuwechseln", versichert Pascal Husting. Ideal wäre es seiner Meinung nach, wenn die MilitantInnen alle paar Jahre abwechselnd auf beiden Ebenen aktiv wäre. Aber: "Das wird immer schwieriger. Der Zwang sich an die Parteilinie zu halten, ist in Luxemburg erdrückend."

Partei oder Bewegung?

Das ist es auch, was Théid Faber am meisten stört. "Gerade der Glaube an die Wirksamkeit der freien Ideenkonfrontation charakterisiert die NGOs." Er hat die Entstehung der grünen Partei miterlebt, sich aber damals für einen anderen Weg entschieden. In der parlamentarischen Arena nicht direkt mitreden zu können, sei manchmal frustrierend, so Théid Faber. "Zum Beispiel jetzt, wo die Regierung versucht, vier kritische Gesetzesprojekte im Umweltbereich ohne ordentliche Diskussion durchzusetzen." Dass sich die Mouvement-Forderungen von Wahlkampf zu Wahlkampf wiederholen, entmutigt den Umweltschützer nicht. "Wir haben auch in dieser Legislaturperiode so manches erreicht,

Einfluss auf wichtige Gesetze genommen", versichert er. Und weitere fünf Jahre ohne Tram? "Dann braucht es eben zehn Jahre", entgegnet Théid Faber.

Die Bilanz der schwarz-blauen Legislatur klingt bei Pascal Husting viel negativer: "Wir hatten bis 1999 einen guten Draht zum Umweltministerium, obwohl die Ergebnisse nicht so toll waren." Das habe sich bei dieser Regierung schlagartig geändert, auch wenn bei bestimmten Themen ein anderer Eindruck entstanden ist. Der Greenpeace-Chef kommentiert: "Sie haben uns Bonbons gegeben, um uns nicht zum Braten einladen zu müssen." Die Frage, wie man am besten etwas erreicht, ist bei Greenpeace umstritten. Beruht der Einfluss der NGO eher auf der Überzeugungskraft ihrer Argumente oder darauf, dass die PolitikerInnen Angst vor Massenmobilisierungen wie der gegen Shell haben. "Wir brauchen Ansprechpartner, und zwar in allen Parteien", beschreibt Théid Faber die Lobby-Arbeit des Mouvement. Die parteipolitische Neutralität sei sehr wichtig. Leider mangle es den Kontaktpersonen häufig an Einfluss in der eigenen Struktur. "Aber wer nicht mehr an dieses Lobbying in der Breite glaubt, der hört wohl auf ... oder engagiert sich in einer Partei."

Bonbons statt Braten

Claude Turmes, langjähriges Mouvement-Mitglied, hat 1999 auf der grünen Europaliste kandidiert, und seine NGO-Mandate niedergelegt. "Damals war ein schwarz-blauer Wahlsieg absehbar", erzählt er. "Es erschien mir ineffizient, in die Lobbyarbeit bei so einer Regierung zu investieren. Auf der anderen Seite bot sich die Chance, bei den Grünen zu kandidieren, gewählt zu werden, und meine Anliegen als Umweltschützer umzusetzen." Er bewertet die Ergebnisse der Arbeit in den Institutionen positiv. Als Europaparlamentarier habe er bei den Direktiven zu den erneuerbaren Energien und zum Energiesparen einiges erreicht. Auch die Bilanz der grünen Schöffen und Bürgermeister lasse sich sehen.

Théid Faber ist skeptisch: "Auch die Grünen üben aus wahltaktischen Überlegungen heraus Zurückhaltung bei bestimmten Themen." Er habe aber dafür Verständnis, es brauche eben beides, Parteien und NGOs. Auch Pascal Husting ist nicht begeistert von der Bilanz grüner Parteien. Sie hätten zwar als Sprachrohr für Umweltschutz gedient, aber wenig umgesetzt. "Wenn man nach Frankreich und Deutschland blickt, muss man sich fragen, wie viel Gewicht sie in den Regierungen hatten und haben."

"Wenn wir in eine Regierung gehen, müssen wir, angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, Kompromisse schließen", gesteht Claude Turmes zu. Aber er ist überzeugt davon, dass die Grünen sich in ihren Kernbereichen durchsetzen können - aufgrund ihrer Kompetenz. Auch gegen einen Henri Grethen? "Ja, denn vieles, das falsch angepackt wird, lässt sich auf Inkompetenz zurückführen", versichert der grüne Europaabgeordnete.

Raymond Klein

Späte Selbstironie

Pünktlich zum internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai stellt der Vorstand der Journalistenvereinigung ALJ fest: Die Pressefreiheit ist längst nicht in allen Ländern der Welt gegeben. "C'est un droit à défendre jour après jour", heißt es in einem Communiqué - und erinnert wird ausgerechnet an den K(r)ampf ums geplante Mediengesetz. "Notre rôle est de lutter contre tout adversaire de ce véhicule essentiel" und "une presse libre et indépendante est l'une des composantes essentielles d'une société démocratique", ermahnt sich der nach einem Quasi-Putsch nur noch aus Editpress-Journalisten bestehende ALJ-Verwaltungsrat selbst (siehe woxx Nr. 743).

"Braderie" gegen Ausverkauf

Schilder, auf denen "A vendre" steht, sind in der Regel an Geschäften oder Wohnhäusern zu sehen. An öffentlichen Gebäuden lösen sie eher Erstaunen aus. Attac-Luxemburg und der FNCTTFEL-Landesverband protestierten mit eben solcher Beschilderung am Donnerstag zusammen mit Attac-Partnerorganisationen aus dem Ausland sowie französischen und belgischen Gewerkschaften gegen die Liberalisierung der öffentlichen Dienste und deren drohenden Ausverkauf - unter anderem vor dem hauptstädtischen Bahnhof. Die Aktion hieß bezeichnenderweise "La grande braderie des services publics".

Grüne auf Fahrt

Für Déi Gréng stehen im Wahlkampf alle Ampeln auf Grün. Das ist zumindest der Trend, den veröffentlichte Umfragen des Marktforschungsinstitut Ilres zeigen. Die Frage ist jetzt, mit wem sich die Partei gut stellen will. Mit der LCGB bewegt sie sich zurzeit jedenfalls nicht auf einer Linie. Der christliche Gewerkschaftsbund wirft den Grünen vor, sich nach außen sozial zu geben. Sehe man ins Wahlprogramm, treffe das in puncto Index jedoch keineswegs zu. Wenn man von vorprogrammierten Steuern und Preiserhöhungen spreche, dürfe man die Konsequenz nicht vergessen. Ebenfalls in einem Pressecommuniqué weist Déi Gréng den Vorwurf zurück und betont: "Elementar ist, dass die steuerliche Gesamtbelastung von den Betrieben und Haushalten nicht zunimmt." Die ökologische Steuerreform basiere auf einer Studie der CSV/DP-Regierung. In Sachen Index haben die Grünen auf jeden Fall eine klare Fahrtrichtung.

Unfreiwillige Nichtwähler

Zuwanderung und Asyl gehören während der zu Ende gehenden Legislaturperiode zu den meistdiskutierten Themen in der Luxemburger Politik. Bei den kommenden Chamber-Wahlen dürfen ausgerechnet diejenigen nicht mitwählen, um die es geht. Dabei stellen AusländerInnen in Luxemburg mehr als ein Drittel der Bevölkerung dar.





Sozi-Witze

Die Jusos haben einen Banner-Wettbewerb ausgeschrieben. Das virtuelle Wahlvolk darf endlich kreativ sein und soll fleißig Banner entsinnen. Der beste wird zum Autoaufkleber. Originalität ist nicht unbedingt gefragt. Hauptsache, der politische Gegner wird mal so richtig durch den Kakao gezogen. "Ech hu mech nach nie an d'Affären vun der Luxair agemescht", verkündet ein Banner, auf dem neben einem lächelnden Grethen ein ausgebranntes Flugzeugwrack zu sehen ist. Auf einem anderen sehen wir den schiefen Turm von Pisa plus Brasseur-Konterfei. "Méeng Wakantz? ... zu Piesa natierlesch!" steht da geschrieben. Ha, ha, ha.

Die woxx macht einen Gegenvorschlag: Wie wäre es mit einem Gruppenbild der männlichen LSAP-Spitzenkandidaten, garniert mit der Forderung: "Wir sind für Männerquoten". Oder noch besser: ein John Castegnaro beim Verwaltungsratsstreifen mit den Arcelor-Oberen, der fröhlich "Hoch die internationale Solidarität!" schmettert. Unser absoluter Lieblingsspruch aber ist ein sozialistischer Klassiker: "Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten!" von Kurt Tucholsky. Den hätten wir gerne als Aufkleber.